

Ein Plädoyer für Umweltpolitik

Haben Sie in den letzten Monaten über Politik diskutiert? Wahrscheinlich ja. Doch Hand aufs Herz: Von A wie Arbeitsplätze bis Z wie Zuwanderung gibt es viele Themen, doch wer hat speziell die Umweltpolitik mitverfolgt? Diese rangiert weit abgeschlagen unter ferner liefen.

1 Die Daten zur Bedeutung des Umweltschutzes sind ernüchternd. Eine Standardfrage der Politikwissenschaft lautet, welche Themen von den Österreichern besonders häufig diskutiert werden. Also nicht bloß, was Parteien und Politiker bereden wollen. Auch nicht nur, worüber die Medien am meisten berichten. Sondern was den Wählern so wichtig ist, dass sie im Familien-, Freundes- oder Kollegenkreis ständig darüber reden.

Zur Zeit des Nationalratswahlkampfes 2017 lag da die Umwelt laut ORF-Wahlforschung auf dem bescheidenen zehnten Platz. Unter elf abgefragten Themen und somit an vorletzter Stelle. Weniger als ein Fünftel aller Wähler spricht nach eigenen Angaben wirklich oft über den Schutz der Umwelt. Egal, ob man die Grünen mag oder nicht, es werden nach deren Scheitern in der Wahl umweltpolitische Fragen im Parlament vermutlich noch weniger angesprochen.

2 Apropos Grüne: Deren Politiker und die „Krone“ gelten nicht als ziemlich beste Freunde. Umweltpolitisch haben sie eine Gemeinsamkeit. 1984 wurde die Hainburger Au besetzt, um einen Kraftwerksbau in der

Naturlandschaft zu verhindern. Daraus entstand die „Grüne Alternative“, die 1986 als Partei in den Nationalrat einzog. Die „Krone“ unterstützte das damalige Volksbegehren zur Errichtung eines Nationalparks

und verurteilte einen Polizeieinsatz gegen die Aktivisten in der Au scharf.

Der Nationalpark Donau-Auen wurde 1996 geschaffen. Auch sonst ist in Österreichs Politik viel für den Erhalt der Umwelt gemacht worden. Großprojekte vom Fußballstadion bis zu Autobahn-, Tunnel- oder Flughafenbauten müssen seit 20 Jahren eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchlaufen. Der Umweltschutz ist inzwischen sogar als Staatsziel in unserer Verfassung festgeschrieben.

In der Schule ist Umweltbildung ein Unterrichtsprinzip, das übergreifend in allen Fächern und für alle Altersgruppen vermittelt werden soll. Vor Jahrzehnten waren

die Berufe Umweltmanager oder Umwelttechniker undenkbar, heute kann man sie an Universitäten und Fachhochschulen studieren. Viele Firmen haben einen Umweltbeauftragten.

3 Heute wird gestritten, ob etwas davon zu viel des Guten ist. Zum Beispiel behaupten Unternehmen, dass die Umweltprüfungen ein Bauvorhaben bis zum Sankt-Nimmerleinstag verzögern würden. Die Gegenseite wiederum kritisiert, dass das Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort als gleichzeitiges Staatsziel die Berücksichtigung von Umweltbedenken erschwert.

Dazu kann man in der Tat jeweils unterschiedlicher Meinung sein. Nicht ganz logisch und geradezu unverantwortlich für unsere Welt ist jedoch der Trend, über Umweltpolitik viel weniger zu reden als früher. Wirtschafts- und Umweltinteressen müssen sachlich diskutiert werden, in Vergessenheit geraten darf die Ökologie aber nie.

4 International ist die Entwicklung noch bedenklicher, weil Donald Trump als umweltpolitischer Elefant im Porzellanladen agiert. Vom Kampf gegen Plastikmüll etwa will er nichts wissen. 2017 erklärte der US-Präsident den Austritt seines Landes aus dem Pariser Klimaschutzabkommen, das von allen Staaten der Welt außer Syrien anerkannt wird. Es soll Treibhausgas und den Tempera-



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.



Der derzeit wieder diskutierte Lobautunnel in Wien sorgt seit Jahren für Protest-Stimmung



Protest beim G7-Gipfel unlängst in Kanada. Trumps Ausstieg aus dem Klimaabkommen bringt neue Unsicherheiten.

Foto: EPA/TANNEN MAURY

turanstieg mit seinen Negativfolgen wie Überschwemmungen verringern.

Peinlich war Trumps Begründung, dass er nicht von den Bürgern in Paris gewählt wurde. Hat er überhaupt kapieret, dass das nur der Ort der Unterzeichnung war und das Klima uns weltweit betrifft? Umweltkatastrophen kennen keine Staatsgrenzen. Glaubt irgendjemand, dass die radioaktiven Verstrahlungen nach den Atomunfällen von Tschernobyl und Fukushima genau dort aufhören, wo die Ukraine oder Japan auf der Landkarte enden?

5 Lokale Umweltdiskussionen zeigen zudem, wie sehr Umwelt als Thema die Menschen, Bürger und Wähler durchaus interessiert. Etwa derzeit in Wien

und Umgebung bei den Aufregern Lobautunnel und Cytymaut. Da stehen sich je nach Wohngegend Befürworter und Gegner gegenüber. Nur darf man solche Fragen nicht auf ein Hickhack zwischen Bewohnern der Innenstadtbezirke und den flächengroßen Außenbezirken, Wienern und Niederösterreichern oder „Grüne gegen den Rest der Welt“ reduzieren.

Im Wechselspiel von Wirtschaft, Verkehr und Umwelt müssen immer alle Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, zweitens sämtliche Bundesländer und Staaten und drittens die Bezirks-, Landes-, Bundes-, EU- und Weltpolitik gemeinsame und allgemein anerkannte Lösungen für eine bessere Umwelt finden.



Heftige Proteste 1984 gegen Kraftwerksbau in der Hainburger Au. Daraus entstand die „Grüne Alternative“.

Foto: Vienna-report